

# panterjugend zur bundestagswahl

freitag, 21. februar 2025 taz • panterstiftung



## Choose Your Player

Es ist wie ein Spiel, bei dem es mehr als nur einen Endgegner gibt: Die Herausforderungen für die nächste Regierung sind enorm. Auf welche Antworten für große Probleme können wir noch hoffen?

Von Finn Schamerowski

Das Realpolit-Game „Bundestagswahl“ geht in die nächste Runde: Politischer Rechtsruck, Klimaschutz, sozialer Ausgleich, Migration und die Zukunft unserer Demokratie sind im Spiel. In Zeiten großer Unsicherheit und wachsender Spannungen müssen wir uns fragen: In welcher Welt wollen wir leben?

Sieben Spieler\*innen machen sich bereit, ihre Kandidat\*innen auf dem Spielfeld des Plenarsaals zu platzieren. Wer kann die eigene Strategie am besten auf Bundesebene ins Spiel einbringen?

Viele haben zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode Hoffnungen in die Ampelregierung aus SPD, Grünen und FDP gesetzt. Auf dem Papier hatte sie gute Chancen, überzeugende Antworten auf Fragen der Klimakrise, eine sich spaltende Gesellschaft und auf die Frage der Migration zu finden. Doch sie ist gescheitert.

Gut, möchte man meinen, dann wird die ohnehin anstehende Bundestagswahl eben vorgezogen und Deutschlands neue Volksvertreter\*innen im Bundestag werden schon Lösungen finden. Doch wo sollen sich diese Lösungen noch verstecken?

In Sachen Migration ist die Union (CDU) für viele, die sich eine restriktive Migrationspolitik wünschen, die erste Wahl. Sie liegt in Umfragen seit Langem auf Platz 1. Allerdings hat sie sich mit ihrer Mehrheitsammelerei am Ufer des Rechtsaußenrandes von ihrer eigenen Integrität verabschiedet.

Die Sozialdemokratie (SPD) treibt weniger restriktive Lösungen der Migrationsfrage voran, wird im Vergleich zu den Wahlergebnissen 2021 wohl jedoch von den Wähler\*innen abgestraft werden. Dabei läge den Sozialdemokraten der soziale Ausgleich am Herzen. Während die Ampel ursprünglich mit ambitionierten Vorhaben für mehr soziale Gerechtigkeit angetreten war, blieben viele Maßnahmen auf halbem Weg stecken oder wurden durch parteiinterne Streitigkeiten abgeschwächt. Die geplante Bürgergeldreform etwa, Investitionen in Bildung und soziale Sicherungssysteme – alles Maßnahmen, die allenfalls in Teilen umgesetzt wurden, aber kaum die erhofften Effekte hatten.

Auch die Grünen, als treibende Kraft im Klimaschutz angesehen, liegen den Umfragen zufolge knapp unter ihrem Ergebnis von 2021. Ihre Kernanliegen – eine entschlossene Klimapolitik und nachhaltige Transformation der Wirtschaft – sind oft auf heftigen Widerstand gestoßen, nicht nur beim Heizungsgesetz. Der Zwang, in der Ampel Kompromisse eingehen zu müssen, und die daraus folgenden Unstimmigkeiten haben viele Wähler\*innen enttäuscht.

Die Freien Demokraten (FDP) unter Christian Lindner setzten wiederum auf wirtschaftliche Liberalisierung und Technologieoffenheit als Antwort auf die Klimakrise, standen den eigenen Koalitionspartnern aber oft im Wege, wenn es um soziale Gerechtigkeit und staatliche Investitionen ging.

Die Linke befindet sich im Aufschwung und scheint für viele wieder wählbarer zu sein als während der langen Zeit parteiinterner Konflikte zwischen dem Wagenknecht-Flügel und jenem der damaligen Parteichefin Katja Kipping. Erstere führt parteiinterne Konflikte jetzt scheinbar lieber in ihrem One-Woman-Bündnis weiter, während Altgenosse Gregor Gysi durch beflügelte Umfragewerte straight auf dem Weg zum neuen Alterspräsidenten des Bundestages sein könnte. Die „Mission Silberlocke“, mit der die Parteigranden Gysi, Bodo Ramelow und Dietmar Bartsch die drei mindestens nötigen Direktmandate sichern wollten, scheint geglückt. Und Tausende junge Menschen treten dieser Tage neu in die Partei ein.

Jenseits der Reihen der demokratischen Parteien steht die AfD, die mit scharfer Rhetorik und radikalen Forderungen zunehmend an Einfluss gewinnt. Für viele Wähler\*innen, die sich von den anderen Parteien nicht mehr vertreten fühlen, scheint sie eine Alternative zu sein – trotz oder gerade wegen ihrer polarisierenden und in Teilen rechtsextremen Positionen. Ihr Erfolg ist zugleich ein Warnsignal: Die politische Landschaft ist im Umbruch und der Ton wird rauer.

Was bleibt, ist eine Gesellschaft, die sich entscheiden muss: Geht sie den Weg in Richtung einer pragmatischen Mitte, die Reformen Schritt für Schritt umsetzt? Oder dominieren extreme Positionen, die Spaltung und Unsicherheit verstärken?

editorial

## Es geht nur mit Kooperationen

Workshop der taz Panter Stiftung zu Klima, Gerechtigkeit und Migration

Was für Hoffnungen und Ängste haben junge Menschen? In welcher Welt möchten sie leben? Über 20 Autor\*innen, Illustrator\*innen und Fotograf\*innen zwischen 18 und 25 Jahren haben sich dazu vor der Bundestagswahl in einem hybriden Workshop der taz Panter Stiftung zunächst online und danach eine Woche lang in Berlin Gedanken gemacht und die Beilage gestaltet, die Sie gerade in Ihren Händen halten.

Es war eine so aufregende wie anregende Woche. Die Nachwuchsjournalist\*innen haben die taz-Chefredaktion zum Gespräch getroffen, das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, ein Beruf coaching für migrantische Frauen und Einrichtungen der Obdachlosenhilfe besucht. Dazwischen wurde an Texten, Videos und Illustrationen gefeilt, und es gab Impulse von taz-Redakteur\*innen zu den Themen **Klima, sozialer Ausgleich** und **Migration**.

Im Laufe der Woche sind wir auf Engagierte und Expert\*innen gestoßen, denen ein Aufgeben trotz der Multikrisen nicht in den Sinn kommt. Sie betonen die Wichtigkeit von Kooperationen. Statt des „Wir vs. die“-Narrativs sich austauschen und trotz Differenzen gemeinsame Lösungen suchen – das sind Kernanliegen der taz Panter Stiftung.

Zum konstruktiven Journalismus gehört der Perspektivenwechsel; etwa sich bei unserem Besuch einer Notunterkunft in die Lage eines Obdachlosen hineinzuversetzen und dann die systemischen Ursachen für die gesellschaftliche Schieflage herauszuarbeiten. Die Frage, wie wir den vor uns liegenden Herausforderungen gemeinsam begegnen können, zieht sich durch die Berichte und Kommentare dieser Beilage. Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!

**Gemma Terés Arilla**, Leiterin der taz Panter Stiftung  
**Ole Schulz**, Projektkoordinator der Stiftung

## Impressum

**Konzeption und Projektleitung:**  
Gemma Terés Arilla und Ole Schulz  
**Redaktion:** Christian Jakob, Tanja Tricarico, Manuela Heim, Sean-Elias Ansa, Annika Reiß, David Muschenich  
**Layout:** Sonja Trabandt  
**Fotoredaktion:** Luna Afra Evans (23, Berlin),

Christian Jungeblodt  
**Illustrationen:** Zoë Matt-Williams (24, Glasgow/Berlin), Katja Freymann  
**Grafiken:** Anais Edely  
**Korrektur:** Rosemarie Nünning  
**Autor\*innen:** Lenja Vogt (22, Berlin), Joschka Krause (24, Kiel), Dario Holz (23, Jena), Fabian

Englmann (25, Bamberg), Tom Kailing (22, Weimar), Finn Schamerowski (24, Kiel), Alina Henning (24, Hamburg), Felicia Frank (23, Freiburg), Katharina Jansen (19, Leipzig/Nancy), Ayla Emma Aşkın (23, Wilhelmshaven/Berlin), Marie Zimmer (20, Rostock), Wolkje Lenz (20, Münster), Tabea Volz (23, Leipzig),

Vincent Raab (24, Radebeul), Lilith Diring (25, Norderstedt), Anna Abraham (22, Dresden), Niklas Heupel (22, Hamburg), Nina Gessner (23, München), Defne Arslan (23, Münster), Wiebke Howestädt (23, Düsseldorf), Federico Svezia (18, Neuhausen auf den Fildern), Sören Wienke (24, Bremen)



## Podcast Mauerecho und Gen Z

Teilnehmer:innen des taz Panter Workshops tauschen sich 35 Jahre nach dem Mauerfall über Ost- und Westdeutschland mit **Dennis Chiponda** aus. Die Folge (16. 2.) finden Sie unter: [taz.de/mauerecho](https://taz.de/mauerecho)



## Der Wald steht still und schweigt

Patient: Wald. Zustand: krank. Nur noch jeder fünfte Baum gilt hierzulande als gesund. Dabei wollte die Ampelregierung den Wald als Verbündeten gegen die Klimakrise. Doch sie tat wenig für ihn

Von Anna Abraham

**D**ürren, Stürme, Hitze, Borkenkäfer: Die Bäume in den deutschen Wäldern haben in den letzten Jahren vieles durchgemacht.

Um sie besser auf den Klimawandel vorzubereiten, startete die Ampelregierung mit einigen Plänen in der Waldpolitik. „Wälder sind unsere natürliche Klimaanlage“, sagte Cem Özdemir 2022 als grüner Landwirtschaftsminister. Das weckte auch Erwartungen bei dem Forstwissenschaftler Dominik Thom, seit letztem Jahr Professor an der Technischen Universität Dresden. „Ich hatte gehofft, dass mehr Geld in den Wald gesteckt wird und im Endeffekt auch mehr für die Waldanpassung getan wird“, erzählt er. Denn die Bundeswaldinventur von 2022 zeigt: Mittlerweile geben die deutschen

Wälder mehr Kohlenstoff ab, als sie aufnehmen.

### Die Ausgangslage

Etwa ein Drittel Deutschlands ist bewaldet, also ungefähr 11,5 Millionen Hektar.

Am häufigsten treffen Spaziergänger dort auf Kiefern und Fichten. Aber besonders diese heimischen Nadelbäume sind vom Klimawandel betroffen und anfällig für Dürre und Schädlinge. Insgesamt schätzt der Verband der Waldeigentümer den Umfang der umzubauenden Waldflächen auf bis zu 3 Millionen Hektar und die Kosten dafür in den nächsten 30 Jahren auf bis zu 43 Milliarden Euro.

Aber wie baut man den deutschen Wald um? Für eine Zukunft, von der man noch nicht mit Sicherheit weiß, wie sie aussieht? Professor Thom erklärt, dass vor allem Diversität wichtig sei: viele unterschiedliche Baumarten und Baumhöhen. Denn von Winden, Dürren oder Borkenkäfer seien meist die

größeren Bäume betroffen. Sterben diese, kann in einem Wald mit unterschiedlichen Höhen direkt die nächste Stufe nachwachsen – das macht ihn klimaresilienter.

Einer, der das ganz praktisch in der Natur umsetzt, ist Ralf Straußberger. Als die taz am Samstag mit ihm telefonierte, machte er gerade Pause – natürlich mitten im Wald. Seit 2011 ist der Forstwissenschaftler Teil des Projekts „Zukunftswald Rohr“ in Bayern und baut am Wochenende Kiefernwälder um. Das heißt: einzelne Nadelbäume fällen, um Platz zu schaffen, dorthin dann Setzlinge wie Buchen, Linden, Kirschen oder Tannen pflanzen. Dazu sollen sich noch andere Baumarten natürlich ansamen, wie zum Beispiel die Eiche. Jetzt im Winter bereitet Straußberger eine neu gekaufte Fläche für den Umbau vor, nimmt Haselnusssträucher raus und schaut, dass man das Forststück gut mit Fahrzeugen für den Holztransport erreichen kann.

Hinter dem „Zukunftswald Rohr“ steckt nicht der Staat, sondern eine Gruppe Privatmenschen. Denn in einer Hinsicht ist der deutsche Wald schon jetzt divers: bei seinen Besitzer:innen. Fast die Hälfte des deutschen Waldes ist in der Hand von knapp 2 Millionen Waldbesitzer:innen. Menschen wie Straußberger, der 20 Hektar von seiner Familie geerbt hat. Aber einfach alles abholzen ist trotzdem nicht.

Auch für den Privatwald gelten die 16 Landeswaldgesetze und das rahmende Bundeswaldgesetz. Die aktuelle Version hat Wurzeln im Jahr 1975 und kommt ganz ohne das Wort „Klimawandel“ aus. Straußberger als Waldreferent des BUND Bayern stören vor allem die fehlenden Vorgaben zum Kahlschlag. Denn auf kahlgeschlagenen Flächen änderten sich schlagartig Klima- und Lichtverhältnisse, sinnvoller sei es, genügend alte Bäume stehenzulassen und junge Bäume dazwischenzupflanzen.

### Der Plan

So eine Regelung stand auch in den Entwürfen für das neue Bundeswaldgesetz. In ihrem Koalitionsvertrag hatte die Ampelregierung einiges mit dem deutschen Wald vor: ein neues Bundeswaldgesetz, das

den gezielten Waldumbau für artenreiche und klimaresiliente Wälder vorantreibt, das Forstschädenausgleichsgesetz evaluieren, ein digitales Waldmonitoring einführen.

Der erste Entwurf des neuen Bundeswaldgesetzes aus dem Jahr 2023 zog gleich die Kritik von Umweltschutzverbänden und von Waldbesitzern auf sich: Von den einen, die zu viele Ausnahmen sahen bei den Kahlschlagregelungen, von den anderen, die die bestehenden Landeswaldgesetze für ausreichend halten. In der Kritik stand außerdem die Vorgabe, vor allem mit heimischen Baumarten aufzuforsten. Aber was sind in 20 Jahren

### Die Kosten für die Gesellschaft sind riesig, denn der Wald ist „Lärmschutzwald, Wasserschutzwald, Lawinenschutzwald und Erholungswald“

die „heimischen“ Baumarten? Schon jetzt sei es schwierig genug, Baumarten für bereits trockene Standorte wie die Sandböden in Brandenburg zu finden, die die zukünftigen Klimabedingungen gut aushalten, erklärt Professor Thom.

Für Nicola Uhde vom BUND war der letzte Entwurf im Jahr 2024 dann nur noch eine „zahnlose Mikronovelle“, oder „ein Schatten, von dem, was am Anfang gedacht war“. Der zweite Entwurf sah keine komplette Neufassung des Gesetzes, sondern nur noch eine Änderung an einzelnen Stellen vor. Dann kam das Ende der Ampelregierung und Özdemir zog in Anbetracht der „aktuellen bundespolitischen Lage“ den Gesetzesentwurf zurück.

### Das Fazit

Eine Enttäuschung auch für den Forstwissenschaftler Thom. Direkte Auswirkungen merkte er in seinen Arbeitsgruppen außerdem durch die Streichung des Waldklimafonds (WKF). Mit diesen Geldern förderten Bundeslandwirtschaftsministerium und Bundesumweltministerium seit 2013 unter anderem Forschung zur Klimaanpassung von Wäldern. Doch

die Forschung wurde am Ende aus dem Klima- und Transformationsfonds finanziert. Dann urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass der Nachtragshaushalt der Bundesregierung verfassungswidrig sei. Der WKF fiel dem Rotstift zum Opfer. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) waren für das Jahr 2024 ursprünglich 125 Millionen Euro für die Förderung von Wiederbewaldung und Waldumbau vorgesehen. Davon ausgezahlt wurde aber infolge des Bundesverfassungsgerichtsurteils und wegen später Mittelbereitstellung nur ein Teil.

Aber Nicola Uhde sieht nicht nur Negatives in der Waldpolitik der vergangenen Bundesregierung: Positiv betrachtet sie das Aktionsprogramm „Natürlicher Klimaschutz“, für das in den Jahren 2024 bis 2028 3,5 Milliarden Euro vorgesehen sind. Über das Programm „Klimaangepasstes Waldmanagement“ ist ein Teil davon an private Waldbesitzer:innen geflossen – in der Vergangenheit. Denn laut Umwelt- und Landwirtschaftsministerien ist das Programm „erfreulich stark nachgefragt“, der Verband der Waldeigentümer spricht hingegen von „unterfinanziert“.

Daneben macht sich der Umweltschutzverband BUND auch für eine Novellierung des Bundesjagdgesetzes stark. Wie Waldbesitzer und Jäger Straußberger erklärt, liege in einer „waldgerechten“ Jagd oft das Geheimnis für einen erfolgreichen Waldumbau. Denn Rehe knabbern gerne die frisch gepflanzten Bäume ab, und zwar bevorzugt solche, die besonders klimaresilient seien. Und ganz grundsätzlich lautet seine Forderung: „Klimaschutz schützt natürlich auch die Wälder.“ Ansonsten seien die Kosten für die Gesellschaft riesig, denn der Wald sei nicht zuletzt „Lärmschutzwald, Wasserschutzwald, Lawinenschutzwald und Erholungswald“.

Bis man von der Waldpolitik der derzeitigen und nächsten Bundesregierung Ergebnisse sieht, dauert es noch etwas, denn Waldumbau braucht Jahrzehnte. Doch ist der Wald langfristig überhaupt noch zu retten? Professor Thom bleibt vorsichtig optimistisch: „Es gibt keine Anzeichen dafür, dass Deutschland bald zur Steppe wird.“

Kommentar von Lenja Vogt über die Qual der Wahl

### Nach der Ampel rechts?

**A**m 29. Januar ist es so weit: Friedrich Merz reißt die Brandmauer ein und macht mit der AfD gemeinsame Sache, um seinen Antrag zur Verschärfung der Migrationspolitik durchzubringen. Und während die AfD triumphiert, lassen die Reaktionen der demokratischen Parteien zu wünschen übrig. Nach diesem Tag stellt sich umso mehr die Frage, wo am besten sein Kreuz setzen, um Merz zu verhindern.

Spätestens bei seinem Spiegel-Interview verabschiedete sich Olaf Scholz vom humanistischen Menschenbild der Sozialdemokraten (SPD), zuletzt debattierte er beim Kanzlerduell mit Merz darüber, wer schneller, besser und konsequenter abschiebt.

Gleichzeitig versuchen die Grünen, die Illusion einer humaneren Migrations- und Asylpolitik noch aufrechtzuerhalten, während ihr Kanzlerkandidat mit seinem Zehn-Punkte-Papier der Union (CDU/CSU) nach-eifert. Und Merz? Der ist sich sicher, dass beide Parteien auch nach der Wahl noch offen für seinen menschenverachtenden migrationspolitischen Kurs sein werden – und macht sich schon bereit für das Kanzleramt.

Denn dass SPD oder Grüne noch an der Union vorbeiziehen und damit stärkste Kraft werden, ist den aktuellen Umfragen zufolge ebenso unwahrscheinlich wie eine absolute Mehrheit der CDU/CSU. Der Regierungsauftrag läge also erst mal bei der Union, die mit mindestens einer der beiden Parteien koalieren muss, um regierungsfähig zu sein – wenn Merz das Wort hält und keine Koalition mit der AfD einget.

Die Linke ist die einzige Partei, die „nicht regieren, sondern verändern“ will. Damit gibt sie die Antwort auf eine Frage, die niemand gestellt hat. Denn abgesehen davon, dass die Partei bis zuletzt um den Einzug in den Bundestag bangen musste, ist eine Regierungsbeteiligung unter der CDU/CSU durch den Unvereinbarkeitsbeschluss von vornherein ausgeschlossen. Aus dieser Position heraus forderte Heidi Reichinnek, die Spitzenkandidatin der Linken, bei ihrer Rede im Bundestag auch SPD und Grüne auf, eine Koalition mit der Union auszuschließen – ein Leichtes, wenn man ohnehin auf der Oppositionsbank landet. Und auch wenn sich die Partei im Wahlkampf geeint und kämpferisch präsentiert, der politische Richtungstreit und die altbekannten Konflikte brodeln hinter den Kulissen weiter.

Vor diesem Hintergrund dürften einige Menschen ihre Wahlentscheidung wohl mit einem zgedrückten Auge und Bauchschmerzen treffen. Ein kleiner Hoffnungsschimmer sind immerhin die bundesweiten Demonstrationen gegen rechts. Doch am politischen Diskurs hat sich kaum etwas geändert. Was am Ende bleibt, ist das Gefühl der Ohnmacht und die Einsicht, Merz als Kanzler nicht mehr verhindern zu können.

Nach dem Rechtsruck in Argentinien: Javier Mileis radikale Sparpolitik verschärft die soziale Spaltung. Katharina Jansen über die Kraft der Proteste. Online unter [taz.de/panterjugend2025](https://taz.de/panterjugend2025)

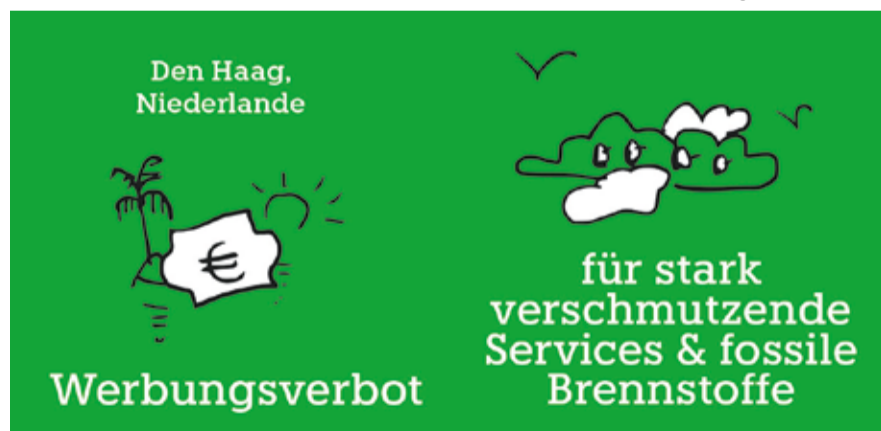
### Immer alles schlecht beim Klima?

Beim Blick auf die Klimakrise kann man schnell alle Hoffnungen auf Verbesserung verlieren. Grund genug, sich einmal einige Lichtblicke bei der Bekämpfung des Klimawandels in Erinnerung zu rufen. Weitere Grafiken und einen Kommentar von Joschka Krause dazu finden Sie auch unter: [taz.de/panterjugend2025](https://taz.de/panterjugend2025)

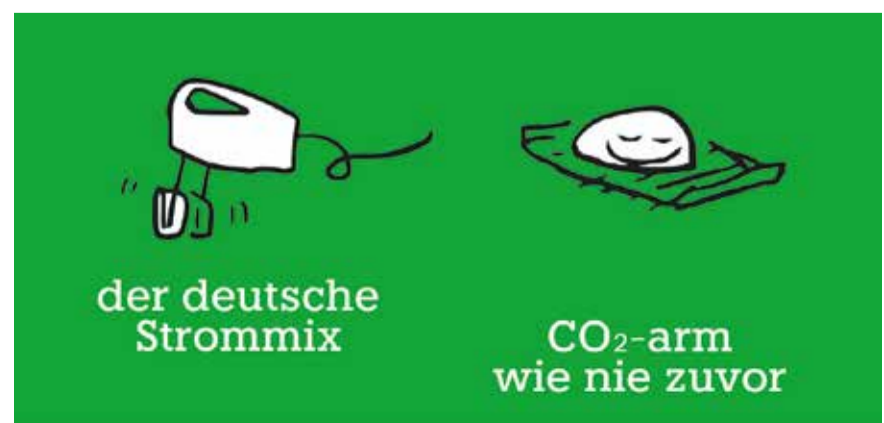
Grafik: Ana's Edely | studio-LEG.com



Sowohl in Brasilien als auch in Kolumbien ist die Abholzung des Amazonas-Regenwaldes 2024 um mehr als ein Drittel zurückgegangen. Quelle: terrabrasilis/Reuters



Seit Anfang des Jahres darf in Den Haag unter anderem nicht mehr für Flugreisen, Kreuzfahrten, Verbrennerautos und fossile Energie geworben werden. Quelle: groenlinks.nl



In Deutschland stieg der Anteil an produziertem Strom aus erneuerbaren Energien 2024 auf ein Allzeithoch von 62,7 Prozent. Quelle: Fraunhofer Institute for Solar Energy Systems



Paris zeigt, wie eine Verkehrswende gelingt: Hunderte Kilometer Radweg, Tempolimit 30 km/h und ein autofreies Seineufer. Quelle: Campact



# Die Lösung, nicht das Problem

Im Wahlkampf geht es ständig um Abschiebungen und Einreisestopps. Es wird übersehen, wie sehr wir Zuwanderung brauchen, und dass Flucht nur ein kleiner Teil von Migration ist

Von **Defne Arslan** und **Robert Saar**

**B**egoña de la Marta steht in einer zum Büro umfunktionierten Neuköllner Wohnung und unterstreicht ihre Worte mit den Händen. „Die Leistung von Migranten wird oft nicht gesehen“, sagt sie. Energisch fügt die Spanierin hinzu: „Deswegen betone ich immer, welchen großen Beitrag wir zu Wirtschaft und Gesellschaft leisten.“

De la Marta lebte schon lange in Deutschland, als sie sich das erste Mal als Migrantin begriff. „Nachdem ich Mutter geworden bin, spürte ich auf einmal die ganze Last der Migration“, sagt sie. Als spanische Anwältin mit sehr guten Deutschkenntnissen brachte sie zwar beste Voraussetzungen mit. Doch weil sie Mutterschaft und Beruf unter einen Hut bringen wollte, war das gar nicht so leicht mit dem Job. Auch für sie passende Beratungsangebote fand sie nicht. Also gründete sie kurzerhand selbst, was sie brauchte. Ihr gemeinnütziges Unternehmen Frauenalia berät und unterstützt seit 2016 migrantische Frauen auf Jobsuche und beim Gründen.

Wie schwer der Weg in den Arbeitsmarkt für Migrant:innen sein kann, weiß de la Marta aus eigener Erfahrung. Denn in Deutschland ankommen, das ist nur der erste Schritt. Sogar hochqualifizierte Migrantinnen haben mitunter Schwierigkeiten, beruflich Fuß zu fassen. Das liegt

**„Wir müssen die Kraft der Vielfalt dem Destruktiven und Spalterischen der AfD entgegensetzen“**

**Andreas Tölke, Kreuzberger Himmel**

etwa an hohen sprachlichen Anforderungen oder fehlender Anerkennung ausländischer Abschlüsse. De la Marta betont noch einen weiteren Aspekt: „Ich sehe oft Frauen mit großem Potenzial, aber sie haben immer diesen Stempel als Migrantin. Und sie selber denken, dass sie hier nicht viel wert sind oder dass sie mit den Deutschen nicht konkurrieren können.“ Bevor es bei Frauenalia konkret um Bewerbungen oder die Hürden der deutschen Bürokratie geht, ist es darum laut de la Marta wichtig, dass „die Frauen an sich selbst glauben“.

Dabei sind im Land Arbeitskräfte dringend gebraucht. Schon heute sind Hunderttausende Stellen unbesetzt und die große Rentenwelle der berühmten Boomer-Generation steht noch bevor. Bis zu fünf Millionen Fachkräfte könnten deshalb bis 2030 fehlen. Noch unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) beschloss der Bundestag 2019 das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, die Ampel weitete es 2023 aus. In jenem Jahr kamen lediglich 68.000 Menschen als Arbeitskräfte von außerhalb der EU nach Deutschland – ein Bruchteil dessen, was nötig wäre, um Sozialsysteme, Wirtschaftlichkeit und Arbeitsmarkt stabil zu halten. Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) rechnete schon vor Jahren vor, dass es pro Jahr eine Nettozuwanderung von 400.000 Menschen brauche.

Doch der Ton, mit dem die großen Parteien gerade über Zuwanderung nach Deutschland sprechen, ist rau. Begrenzen, abschieben, Härte zeigen – Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz will gar einen „faktischen Einreisestopp“. Die schrecklichen Anschläge und die Reaktionen dar-

auf fokussieren alle Aufmerksamkeit auf Asyl. Dabei hat Zuwanderung viele Facetten. Flucht ist nur eine, wenn auch besonders prekäre und existenzielle Variante davon. Die sogenannte Erwerbsmigration ist eine weitere.

Das Sozialunternehmen Frauenalia von Begoña de la Marta richtet sich speziell an Frauen und will Netzwerke zwischen ihnen schaffen. Alia – das steht im Lateinischen für Gemeinschaft. Dafür organisieren de la Marta und ihr Team Coachings und Gruppenseminare für ihre Klientinnen. Das gemeinnützige Unternehmen wird gefördert von Land und Bund und hat seit seiner Gründung über 1.300 Frauen beraten. Frauen seien eher auf Unterstützung angewiesen als Männer, da zumeist sie es sind, die die Care-Arbeit leisten, begründet de la Marta den Fokus ihrer Arbeit. Studien hätten die negativen Auswirkungen dieser Doppelbelastung wiederholt nachgewiesen. Immer wieder erlebe sie, wie Frauen wieder Selbstbewusstsein sammeln, nachdem sie im Arbeitsleben Fuß fassten, sagt de la Marta.

Selbstwert und Würde durch Arbeit – das ist auch Ziel des Berliner Restaurants Kreuzberger Himmel. Andreas Tölke, der

Macher dahinter, schmiss sein Leben 2015 um und richtete es auf die Unterstützung Geflüchteter aus. Tölke wünscht sich eine positive Sicht auf Migration. Er sehe darin eine Lösung – und nicht das Problem, sagt er. Dennoch schließt auch er Abschiebungen nicht aus. „Manche von denen, die hierherkommen, verwirken ihr Recht zu bleiben. Auch das gehört zum Rechtsstaat“, sagt Tölke.

Trotzdem frustriert ihn, wie stark die Herkunft der Täter im Fokus steht. Man müsse zwischen Arbeitsmigration und Flucht unterscheiden und offensiv vertreten, dass wir auch aus gesellschaftlichem Eigennutz auf Migration angewiesen seien. Dass einige Linke diese Strategie als Wertungslogik ablehnen, kann er nicht nachvollziehen: „Es müssen Gesellschaften überzeugt werden, nicht Plena.“

Grund zum Verzweifeln sieht Tölke aber nicht. Die AfD sei eine Minderheit in Deutschland. Und er selber glaube an die Kraft von Vielfalt, sagt er. „Es ist genau diese Kraft, die wir dem Destruktiven und Spalterischen der AfD entgegensetzen müssen.“

Begoña de la Marta (l.) und ihre Kollegin Nicole Molina von Frauenalia in ihrem Büro in Berlin-Neukölln  
Foto: Luna Afra Evans



## ortsbesuch

### Angst vor der Zeit nach der Wahl

Die Meldungen über Bundestagsdebatten zu immer neuen Abschiebeforderungen sind längst auch in den Geflüchtetenunterkünften angekommen. Im „Ankerzentrum“ Bamberg leben 1.200 Menschen, Möglichkeiten für eine sinnvolle Beschäftigung gibt es kaum. Sprachkurse und Bildungsangebote gibt es nur einzeln, dank Organisationen wie dem Verein „Freund statt fremd“, der von der Sprachförderung über die Wohnungssuche bis hin zu Frauenberatung unterstützt. „Ohne uns gäbe es für die meisten Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus schlichtweg keine Sprachkurse“, heißt es bei dem Verein.

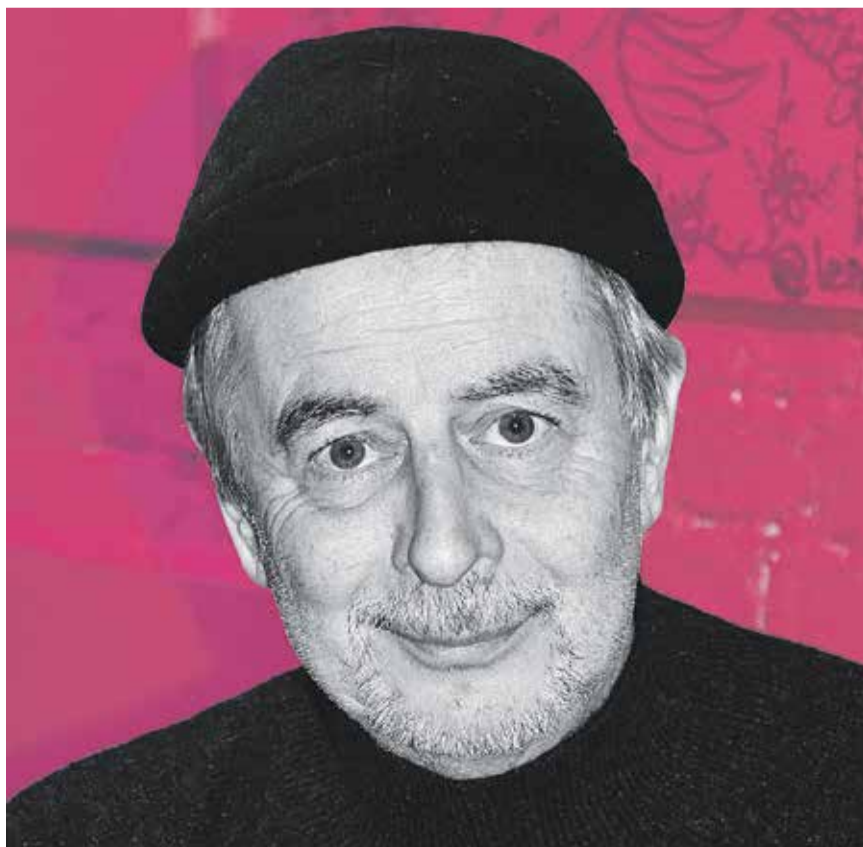
Immerhin: Das Ankerzentrum hat „Freund statt fremd“ Räume zur Verfügung gestellt, in denen der Verein sein Café Willkommen betreibt, Sprachkurse anbietet und ein Spielzimmer für Kinder eingerichtet hat. Die Verunsicherung aber bleibt. „Es sind zu viele Menschen auf engem Raum, alle mit unterschiedlicher Herkunft und Geschichte, aber mit derselben Angst, was mit ihnen passiert“, sagt Simone Oswald von „Freund statt fremd“. Die politischen Debatten im Land seien ein großes Thema. „Mittlerweile sprechen uns die Menschen ständig auf die Bundestagswahl an und fragen: Was wird nach Februar geschehen?“, sagt Oswald. Das schüre nochmals mehr Angst. Aber auch der Rest der Gesellschaft werde durch die polarisierenden Debatten skeptischer: Der Verein merke, dass die Vermittlung von Jobs oder Möglichkeiten für eine Unterkunft auf dem sowieso angespannten Wohnungsmarkt noch schwieriger geworden ist.

Die Frustration über die fehlenden Integrationsmöglichkeiten ist groß. „Ich dachte, wenn ich wirklich zeige, wie sehr ich mich integrieren und arbeiten möchte, dann wird das geschätzt und ich kann arbeiten gehen“, schildert eine der Geflüchteten. Nun sei man zwar in Deutschland angekommen, aber völlig isoliert und man erfahre nichts über seine neue Heimat. „Man muss ganz viel wollen, um sich zu integrieren, die Hürden sind hoch.“

Siwar A., der vor fünf Monaten aus Syrien geflohen ist, fühlt sich von der Politik allein gelassen: „Die Gesetze ändern sich ständig und man muss immer Angst haben, dass ein Verbrechen geschieht, das uns alle wieder bestraft.“ Auf den Verein „Freund statt fremd“ sei er durch Zufall gestoßen: „Es gibt Sprachkurse in Bamberg, aber die muss man selbst suchen. Im Ankerzentrum wird einem so etwas nicht gesagt.“

Fabian Englmann

**Integration durch Sport:** Deutschland hat kein Migrations-, sondern ein Integrationsproblem. **Dario Holz** über verpasste Chancen. **Online unter taz.de/panterjungend2025**



Andreas Tölke ist seit Jahren in der Flüchtlingshilfe aktiv. 2017 gründete er das von Geflüchteten betriebene Restaurant Kreuzberger Himmel  
Foto: Luna Afra Evans



## „Die sozialen Faktoren von Gesundheit sind entscheidend“

Gesundheitskollektive wollen die Versorgung ändern. Und das System. In Berlin hat Ärztin Kirsten Schubert schon Erfahrung, Sami M. und Katia S. bauen in München gerade auf

Interview Nina Gessner

**taz:** Kirsten, Katia und Sami, ihr wollt die Zukunft des Gesundheitssystems verändern. Wo steht ihr gerade auf diesem Weg?

**Kirsten Schubert:** Wir haben es in Berlin geschafft, ein innovatives Projekt der ambulanten Gesundheitsversorgung aufzubauen. Im Moment bieten wir sowohl ambulante medizinische Versorgung als auch Stadtteilarbeit, Beratung, Selbsthilfegruppen, Café, Sportangebote und Öffentlichkeitsarbeit an. Alles unter einem Dach.

**Katia S.:** So weit sind wir noch nicht. Unser Ziel ist es, irgendwann auch ein Stadtteilgesundheitszentrum in München aufzubauen. Noch sind wir aber in der Vernetzungsphase, bauen unsere Infrastruktur auf und bieten Workshops und Vorträge an.

**taz:** Könnt ihr als Gesundheitskollektiv München von Berlin lernen?

**Sami M.:** Berlin steht als Leuchtturm der Zukunft für uns. Deswegen schauen wir, was wir übernehmen wollen. Natürlich ist Berlin ein Vorbild sowohl für uns als auch, denken wir, für die bundesweite ambulante Versorgung.

**taz:** Kirsten, siehst du euer Projekt auch als Leuchtturm?

**Kirsten:** Ich würde es schon als Leuchtturmprojekt sehen. Wenn man jeden Tag daran arbeitet, vergisst man manchmal, dass es gar nicht selbstverständlich ist, als Hausärztin mit Sozialarbeiterinnen, psychologischen Beraterinnen, Gesundheits- und Krankenpflegerinnen im Team zusammenzuarbeiten.

**taz:** Wurde das Projekt direkt im Viertel angenommen?

**Kirsten:** Das Schwierigste ist eigentlich, im Stadtteil anzukommen und sich mit den Menschen gemeinsam für bessere Lebensbedingungen einzusetzen. Das ist viel schwieriger, als eine Arztpraxis aufzubauen oder Anträge zu schreiben, um Geld zu bekommen.

**taz:** Wie ist das gerade in München? Sucht ihr auch Anschluss in einem bestimmten Stadtteil?

**Sami:** Aktuell planen wir für einen besseren Überblick eine Bedarfsanalyse. Deswegen würde ich keinen Stadtteil nennen. Wir sehen uns nicht als Feuerwehr, die in ein „Problemviertel“ kommt und dann löscht. Es geht darum, eine neue Form von Gesundheitsversorgung und Stadtteilarbeit zu etablieren.

**taz:** Ein Fokus liegt also auch auf der Stadtteilarbeit selbst. Bei euch in Berlin gibt es bereits ein Café für die Vernetzung im Viertel.

**Kirsten:** Ja, das ist Teil unserer Gemeinwesenarbeit. Wir bieten mobile Gesundheitsberatung und Sport mit Jugendlichen an, unterstützen MieterInnenaustausch. Alles unter dem Grundgedanken, dass die sozialen Faktoren von Gesundheit das Entscheidende sind, das man verändern muss.

**taz:** Wie seht ihr die Kritik, dass ihr ehrenamtlich die Arbeit erledigt, die vom Gesundheitssystem gemacht werden müsste?

**Sami:** Das ist sicher eine Gefahr. Man muss natürlich aufpassen, nicht einfach nur durch ehrenamtliche Arbeit die Mängel eines kranken Systems auszugleichen, sondern eben viel mehr, wie Kirsten sagt, die Basis schaffen, damit Menschen sich kollektiv verbinden.

**Kirsten:** Wir wollen wachsen, ernst genommen werden – und die Versorgung grundlegend verändern. Eben dafür schreiben wir Anträge. Im Moment gibt es noch keine Rechtsform für unseren Ansatz, sodass wir uns als Patchworkkonstrukt aus Drittmitteln und der regulären Finanzierung von Arztpraxen finanzieren müssen.

**taz:** Die Politik will durch Gesundheitskioske Sozial- und Gesundheitsberatung vernetzen. Ist das ein ähnlicher Ansatz?

**Kirsten:** Gesundheitskioske bieten keine ärztliche Versorgung und sind nicht in kontinuierliche Behandlungen integriert. Dadurch bleibt die eigentliche medizinische Versorgung weitestgehend unangetastet, ohne eingebundene Prävention.

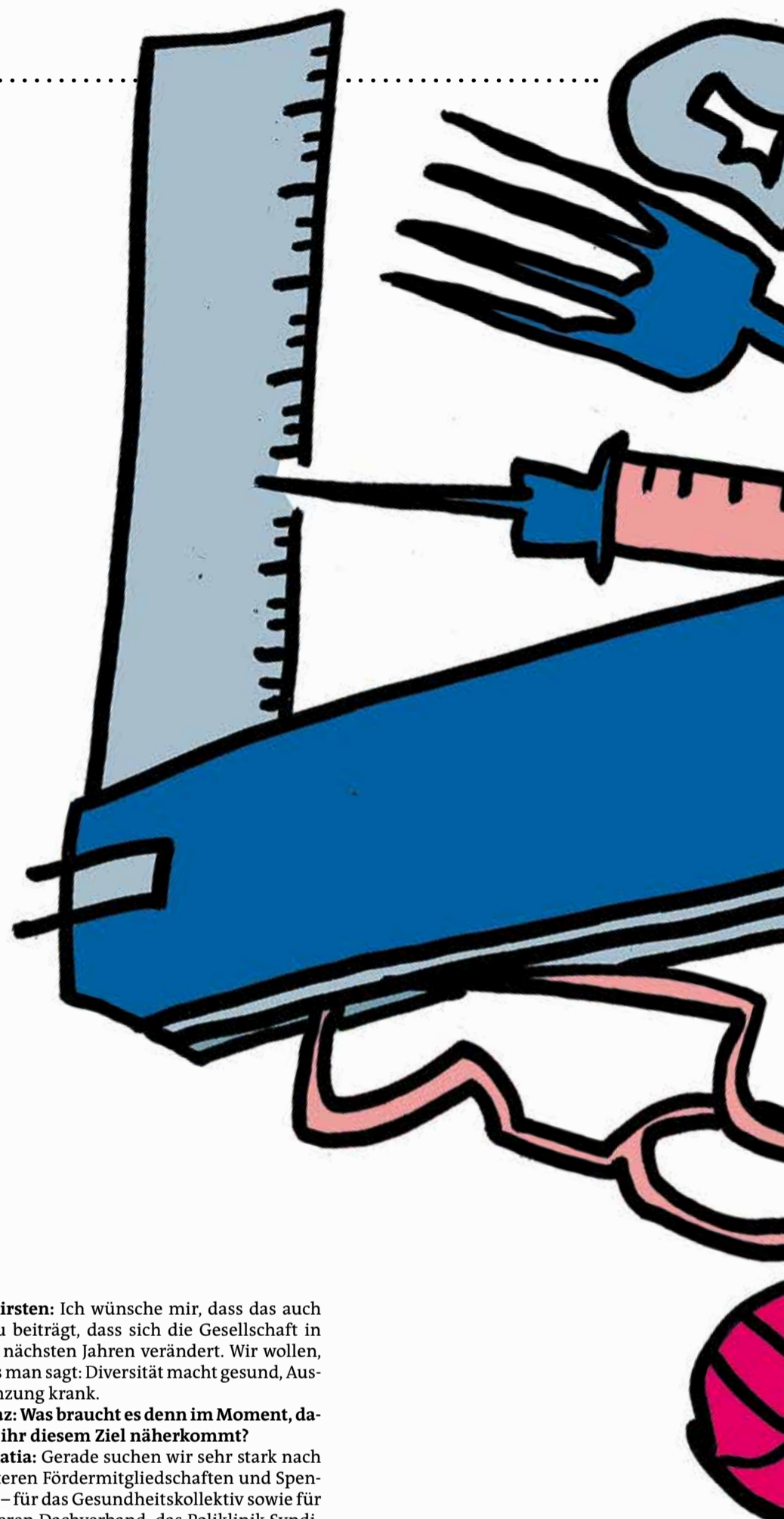
**taz:** Wenn ihr 20 Jahre in die Zukunft

„Diversität macht gesund, Ausgrenzung macht krank“

Kirsten Schubert, Gesundheitskollektiv

schauf, wo steht eure Arbeit dann?

**Sami:** Im Idealfall ist unser Projekt in 20 Jahren eingegliedert. Unser utopischer Wunsch wäre ganz klar, dass sich der Versorgungsansatz durchsetzt, der systemische Ursachen kollektiv bekämpft – ohne Privatwirtschaft und Profitorientierung.



**Kirsten:** Ich wünsche mir, dass das auch dazu beiträgt, dass sich die Gesellschaft in den nächsten Jahren verändert. Wir wollen, dass man sagt: Diversität macht gesund, Ausgrenzung krank.

**taz:** Was braucht es denn im Moment, damit ihr diesem Ziel näherkommt?

**Katia:** Gerade suchen wir sehr stark nach weiteren Fördermitgliedschaften und Spenden – für das Gesundheitskollektiv sowie für unseren Dachverband, das Poliklinik Syndikat. Das ist leider die Realität unserer Arbeit. Es ist aber auch wichtig, dass wir uns zu einem multiprofessionellen Arbeiten auf Augenhöhe bewegen.

**taz:** Das Poliklinik Syndikat schreibt auch: „Es gibt kein gesundes Leben im kranken System.“ Wollt ihr das System heilen oder die Symptome der Menschen behandeln?

**Kirsten:** Es wäre natürlich schön, wenn man das System einfach heilen könnte. Aber ich denke, dass dieses kapitalistische System krank macht. Es fördert Profitstreben, gesellschaftliche Spaltung und auch ein zersplittertes, vom Wettbewerb geprägtes Gesundheitssystem. Da braucht es schon grundlegende Veränderungen.

Postfaktisch: Was tun, wenn Fakten nicht mehr zählen? Vincent Raab meint, ein Demokratieförderungsgesetz und Bürgerräte könnten helfen. Online unter taz.de/panterjugend2025

## Zwischen Idealismus und Realität

Der soziale Bereich steht unter dem Druck von Überlastung und Kürzungen. Auch die junge Sozialarbeiterin Noelle Nachlik aus Münster hat damit zu kämpfen

Aus Münster Wiebke Howestädt

in Sitzkreis mit schwarzen Stühlen, ganz viele bunte Karten mit Erdmännchen drauf und ein Paar Boxhandschuhe: Heute geht es um Gewalt. Noelle Nachlik ist Sozialarbeiterin in der Straffälligenhilfe bei dem Verein sozial-integrativer Projekte (ViP) in Münster. Gerade bereitet sie das Anti-Gewalt-Training für Jugendliche vor. Noelle ist selbst erst Mitte 20, nah dran an den Menschen, mit denen sie arbeitet.

Zu Beginn soll es um Gefühle gehen. Ein Erdmännchen auf den Karten schaut wütend, eins lacht drauflos, und noch eins ist ganz verwirrt. Anhand der Karten sollen später die Jungs, die unter anderem wegen Körperverletzung verurteilt wurden, ihre Gefühle beschrei-

ben. Es geht auch um ihre Werte und Biografien. Denn viele gewalttätige Jugendliche waren zuvor selbst Opfer von Gewalt.

Neben dem Anti-Gewalt-Training bietet der Verein in Münster unter anderem einen Täter-Opfer-Ausgleich an. Hierbei helfen die Sozialarbeiter:innen sowohl Opfern als auch Täter:innen, die Tat zu verarbeiten. Mal gibt es ein klärendes Gespräch zwischen den Beteiligten, ein anderes Mal gibt der Täter dem Opfer einen Döner aus.

Wie viele andere Projekte im sozialen Bereich ist auch der Täter-Opfer-Ausgleich der freien Träger in Nordrhein-Westfalen von Sparmaßnahmen bedroht. Für die Klient:innen könnte dadurch ein seit fast 30 Jahren bewähr-

tes Konzept für einen Austausch in unserer Gesellschaft wegfallen.

Neben Kürzungen bei der Finanzierung sozialer Beratungs- und Hilfsangebote beschreibt Noelle populistische Argumentationen als eine große Herausforderung in ihrem Alltag: „Es kommt immer zum großen Aufschrei, wenn es um Straftaten geht, gleichzeitig werden Maßnahmen im sozialen Bereich gekürzt, die Menschen aus der Straffälligkeit helfen.“ Für die junge Sozialarbeiterin passt das nicht zusammen. Noelle erzählt, dass die Stigmatisierung sowohl für ihre Klient:innen als auch für die Sozialarbeiter:innen eine große Belastung sei.

An der Hochschule hat Noelle Soziale Arbeit studiert. Die Realität ihrer Arbeit

beschreibt sie als einen Praxisschock. „Also eigentlich dachte ich ja, zumindest Sozialarbeiter:innen sind cool“, sagt Noelle. Aber dann sei sie in die Praxis gekommen und habe gemerkt: In anderen Institutionen hätten Kolleg:innen aufgrund von Überlastung „komplett ihre Werte und ihre Haltung als Sozialarbeiter:innen verloren“.

Auch Noelle selbst steht unter Druck: „Der ganze Wald brennt, und man steht die ganze Zeit nur vor einem kleinen Busch und versucht, ein kleines Feuer zu löschen.“

Noelle wünscht sich vor allem einen starken Sozialstaat und mehr Mitbestimmung. Aus diesem Grund engagiert sie sich politisch, unter anderem in einer Gewerkschaft. Politisches

Interesse bemerkt sie auch bei ihren Klient:innen: „Ich sehe bei den Jugendlichen in Zeiten des Rechtsrucks, dass sie eine Meinung haben. Ihnen zuzuhören und sie zu empowern macht mir riesengroße Freude.“

Noelle betont, wie sinnstiftend die soziale Arbeit sei und dass ihr Erfolgsgeschichten immer wieder Hoffnung geben: zum Beispiel wenn Jugendliche mit einem Berg Schulden endlich einen Ausbildungsplatz bekommen.

Auch deshalb sagt Noelle am Ende: „Trotz der ganzen Herausforderungen und Überlastungen bin ich unfassbar glücklich. Ich habe den besten Job der Welt.“ Diesen Idealismus einer jungen Sozialarbeiterin möchte Noelle nicht verlieren.



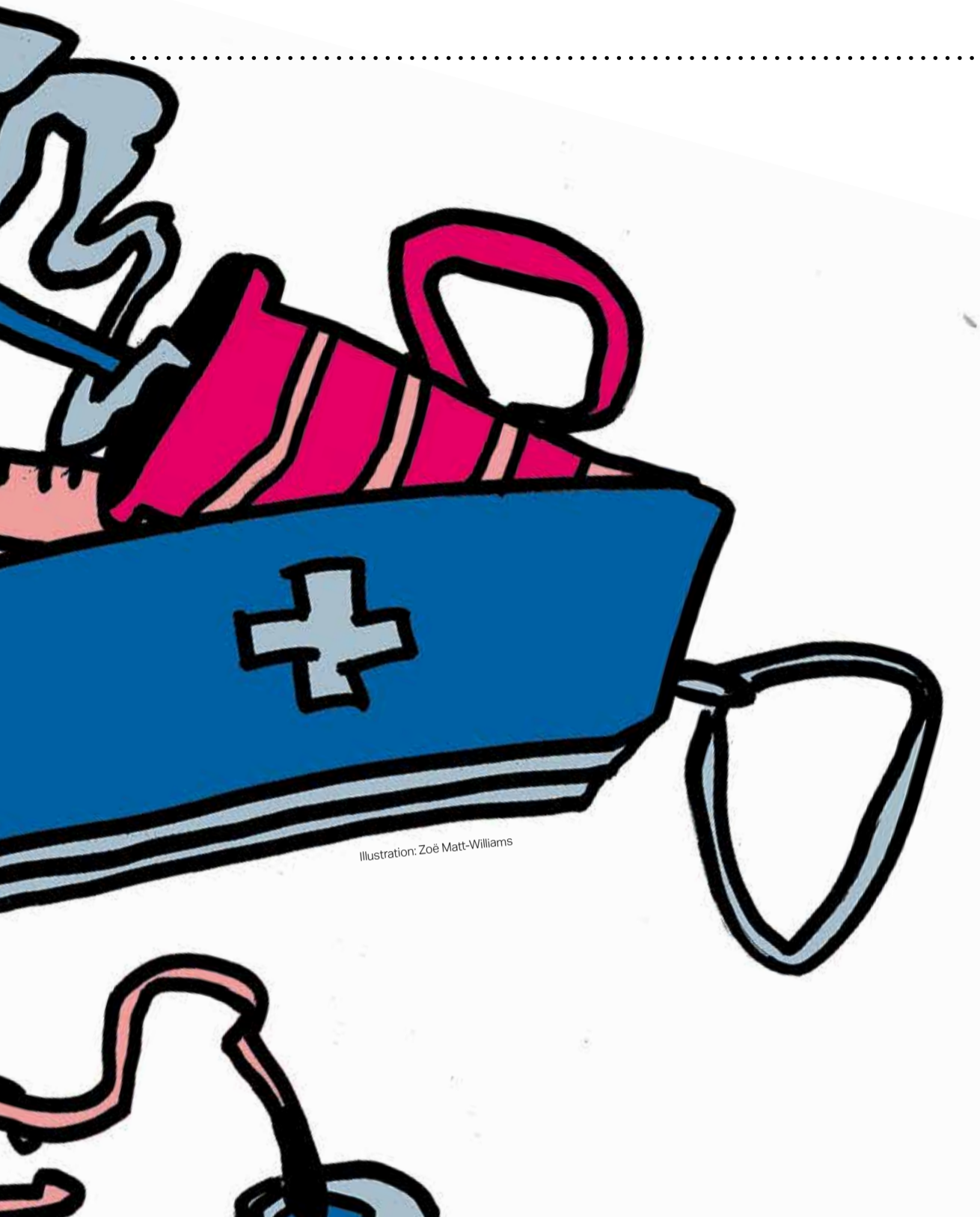


Illustration: Zoë Matt-Williams

## § 218 – Symbol gegen Selbstbestimmung

Eine Reform zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs scheiterte bisher im Bundestag. Ärzt\*innen und Expert\*innen aus der Beratung hoffen auf einen neuen Anlauf nach der Bundestagswahl

Von Ayla Emma Aşkın

**K**aum ein gesellschaftliches Thema ist so emotional aufgeladen, wie die Diskussion über die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs.

Stärkstes Symbol ist der Paragraph 218. Auf der einen Seite stehen die, die den Paragraphen reformieren oder abschaffen wollen. Auf der anderen Seite argumentieren die, die ihn beibehalten oder verschärfen wollen.

Ein Schwangerschaftsabbruch ist ein medizinischer Eingriff, der vom Strafbuch geregelt wird. Ein Abbruch bleibt nur dann straffrei, wenn er bis zur zwölften Schwangerschaftswoche erfolgt. Außerdem muss mindestens drei Tage vorher eine staatlich anerkannte Beratungsstelle aufgesucht werden.

Aber: Ein Schwangerschaftsabbruch bleibt rechtswidrig, auch wenn er straffrei ist. Für Ärzt\*innen hat das eine stigmatisierende und abschreckende Wirkung, sagt Alicia Baier. Baier ist Ärztin in der Gynäkologie und Vorstandsmitglied bei Doctors for Choice. Dort engagieren sich Ärzt\*innen, die selbst Schwangerschaftsabbrüche durchführen. „Jeder Fehler oder jede Unachtsamkeit im ganzen Prozess kann zu einer Haftstrafe führen“, sagt Baier. Das ist auch ein Grund, warum immer weniger Ärzt\*innen Schwangerschaftsabbrüche anbieten. Dies führt laut Baier zu langen Wartezeiten und Fahrtwegen für die betroffenen Frauen.

„Das aktuelle Gesetz bedeutet, dass Menschen, die einen Schwangerschaftsabbruch in Erwägung zie-

hen, viele Hürden haben“, erklärt Gesa Bochen, Fachleitung für Familienplanung bei Pro Familia Niedersachsen. Ein Beispiel sei der Antrag auf Kostenübernahme, für die es eine scharfe Einkommensgrenze gebe. „Wenn man 1.500 netto verdient, dann muss man den Abbruch selbst zahlen“, erklärt Baier. Ein Abbruch kostet je nach Methode zwischen 300 und 600 Euro.

**„Jeder Fehler oder jede Unachtsamkeit im ganzen Prozess kann zu einer Haftstrafe führen“**

Alicia Baier, Ärztin

Die einzelnen Schritte bis zum Abbruch seien zeitlich und emotional anstrengend, erklärt Bochen. „Durch die Verpflichtung zur Beratung entsteht auch häufig das Gefühl, sich rechtfertigen zu müssen, warum ein Schwangerschaftsabbruch in Erwägung gezogen wird“, fasst Bochen die Situation zusammen.

Die Pflichtberatung und die Wartezeit haben auch Auswirkungen auf die Methode der Abtreibung. So kann beispielsweise nur bis zur neunten Woche ein medikamentöser Abbruch durchgeführt werden. Dieser zeitliche Druck führe laut Bochen zu einer zusätzlichen Belastung.

Für Bochen soll die Beratung ein freiwilliges Angebot sein. Von dem Pflichtgespräch hält sie nichts. „Die Mehrheit der Personen, die in die Beratung kommen, haben ihre Entscheidung für den Schwangerschaftsabbruch bereits getroffen“, sagt Bochen. Deshalb würden einige die Beratung nur noch für den Schein in Anspruch nehmen.

Alexandra Linder, Vorsitzende des Bundesverbands Lebensrecht, weist auf den Druck auf die Schwangeren aus deren Umfeld hin. Der Bundesverband ist der Dachverband von fünfzehn Lebensrechtsorganisationen in Deutschland. Seit Jahrzehnten hat die Einrichtung eigene Beratungsstellen. „Wir treten für das Recht jedes Menschen auf Leben ein“, sagt Linder. Aus ihrer Sicht gibt es zu viele Abtreibungen in Deutschland und viel zu wenig Hilfe und Unterstützung von staatlicher Seite und auch auf Beratungsebene.

Dabei ist die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in den vergangenen rund 25 Jahren gesunken. Laut Statistischem Bundesamt wurden 2023 in Deutschland 106.000 Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt. 2001 waren es noch knapp 135.000 Schwangerschaftsabbrüche.

Linder hofft darauf, dass es in der kommenden Legislaturperiode keinen Antrag auf Legalisierung von Abtreibung gibt. Ein Antrag in der vergangenen Legislatur scheiterte an CDU/CSU und FDP im Rechtsausschuss. So war es der scheidenden rot-grünen Regierung nicht mehr möglich, eine Reform anzustoßen.

Wenig überraschend setzen die Ärztin in der Gynäkologie, Baier, und Pro-Familia-Vertreterin Bochen auf einen weiteren Vorstoß, sobald das neue Parlament steht. Beide fordern die vollständige Legalisierung. „Der Paragraph 218, der den Schwangerschaftsabbruch regelt, sollte aus dem Strafbuch gestrichen werden“, so Bochen. Und es braucht mehr Unterstützung für betroffene Frauen. Zum Beispiel ein Recht auf ein freiwilliges Beratungsangebot, das die Beratungspflicht ersetzen sollte.

Die Doctors for Choice fordern ebenfalls die vollständige Legalisierung. „Die Entkriminalisierung alleine reicht nicht, sondern wir brauchen dringend weitere politische Maßnahmen“, so Baier. Darunter fallen auch eine Kostenübernahme durch die Krankenkasse oder die verpflichtende Lehre des Schwangerschaftsabbruchs im Medizinstudium.

Nach der Bundestagswahl wird vermutlich die CDU/CSU stärkste Kraft im Bundestag sein. Aber unter einer CDU/CSU-Regierung wird es wohl nicht zu einer Verbesserung der Situation für ungewollt Schwangere kommen. „Wir werden auch von der nächsten Regierung die politische Verantwortung einfordern, die Situation für ungewollt Schwangere zu verbessern“, sagt Baier. Gesa Bochen setzt auf das Engagement von Politik, Fachleuten und Aktivist\*innen für reproduktive und sexuelle Rechte. „Die Hoffnung bleibt, dass die Leute nicht müde werden, dranbleiben und solidarisch miteinander sind.“

Emma darf nicht Beamtin werden

Psychologische Behandlung oder Beamtenlaufbahn? Eine Frage, die Folgen hat

Emma wollte Beamtin werden. Sie ist 19 Jahre alt, als sie ihre Zusage für ein duales Studium bekommt, zieht dafür extra nach Berlin. Doch dann beendet eine amtsärztliche Untersuchung ihre Pläne: Weil sie vor einigen Jahren in psychologischer Behandlung war, darf Emma nicht Beamtin werden.

Die Angst vor solcher Absage haben viele. Aus Sorge, später keine Chance auf den Beamtenstatus zu haben, verzichten Betroffene sogar auf Unterstützung. Anstatt sie zu ermutigen, setzt das System ein fatales Zeichen: Wer zu seinen Problemen steht und sich Hilfe sucht, wird bestraft.

Beamte sind Angestellte des Staates – und der hat ein Interesse daran, dass sie langfristig arbeitsfähig bleiben. Daher müssen Bewerberinnen und Bewerber vor ihrer Verbeamtung eine medizinische Untersuchung durchlaufen. Dazu gehört meist ein Anamnesebogen, der frühere Erkrankungen abfragt. In welchem Umfang psychologische Diagnosen oder andere Vorerkrankungen offengelegt werden müssen, variiert je nach Bundesland. Zudem umfasst die Untersuchung Gesundheitschecks wie die Messung des Body-Mass-Index. Laut dem Berliner Bildungssenat kommt es nur in wenigen Fällen vor, dass eine Verbeamtung aus gesundheitlichen Gründen abgelehnt wird.

Aber Betroffene berichten, dass sie sich gar nicht erst um Hilfe bemühen – aus Angst vor Konsequenzen. Oder sie suchen Alternativen: Angehende Lehrkräfte haben die Möglichkeit der schulpsychologischen Unterstützung. Andere Betroffene finanzieren aus eigener Kasse Hilfe, um Einträge in ihren Gesundheitsdaten zu vermeiden – ein finanzielles Privileg, das sich nicht jeder leisten kann.

Diplom-Psychologe Fredi Lang vom Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen rät davon ab, psychische Probleme gar nicht anzugehen. Bewerberinnen und Bewerber bräuchten sich nicht zu rechtfertigen. Die Amtsärzte müssten individuell nachweisen, dass potenzielle Beamte aufgrund einer psychischen Erkrankung vorzeitig aus dem Dienst ausscheiden würden. Ein Ausschluss sei eher die Ausnahme. Im Gegenteil, wenn eine Behandlung erfolgreich ist, wäre man hinterher widerstandsfähiger.

Doch solange es für die Bewerberinnen und Bewerber keine Transparenz gibt, werden sich manche weiterhin scheuen, psychologische Hilfe zu suchen.

Emma ist in Berlin geblieben und hat sich in Start-ups hochgearbeitet. Ein zweiter Versuch, Beamtin zu werden, kommt für sie nicht infrage – die Angst vor einer erneuten Ablehnung ist zu groß.

Alina Henning

**Klimaflüchtlinge:** Warum interessiert ihr Schicksal bei uns so wenige? **Lilith Diringer** darüber, wie unsinnig Abschottung in einer globalisierten Welt ist. **Online unter taz.de/panterjungend2025**



## Lobbyarbeit gegen Steuergerechtigkeit

Eine Milliardärssteuer könnte die Vermögenskonzentration verringern und dringend nötige finanzielle Mittel mobilisieren. Doch sie wird seit Jahren blockiert

Von Felicia Frank

Das reichste Prozent der deutschen Bevölkerung besitzt 35 Prozent des Vermögens. Das hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ausgerechnet. Während die Haushaltslage in Deutschland angespannt bleibt und die soziale Ungleichheit im Land wächst, konzentriert sich also ein erheblicher Teil des Wohlstands in den Händen einiger weniger Superreicher. Eine Milliardärssteuer einzuführen, wäre da konsequent. Warum gibt es sie nicht schon längst?

Mitte Dezember forderte der Kanzlerkandidat der Grünen, Wirtschaftsminister Robert Habeck, in einem Interview mit der *Bild*-Zeitung eine Milliardärssteuer. Die Linke will schon lange „Milliardär:innen abschaffen“. Und auch Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze von der SPD sprach sich im Sommer 2024 für eine globale Milliardärssteuer aus.

Die Besteuerung von Vermögen ab 1 Milliarde Euro betrafte in Deutschland 249 Personen.

Auf dem G20-Gipfel im September 2024 brachte das Gastgeberland Brasilien dann den Vorschlag einer internationalen Milliardärssteuer

„Bei der Steuerlast für Normalverdiener, sind wir Vizeweltmeister – bei Vermögenden Niedrigsteuerland“

Stefan Bach, DIW

von 2 Prozent des Vermögens ein. Einflussreiche Länder wie die USA und Deutschland positionierten sich dagegen. Eine neue, global koordinierte Steuer auf das Vermögen von Superreichen ist deshalb nicht in Aussicht. Im Gegenteil: Kurz nach Donald Trumps Amtsübernahme erklärte dieser den Ausstieg der USA aus dem globalen Mindeststeuerabkommen für Großkonzerne von 2021. Das sollte sicherstellen, dass diese ihre Gewinne weltweit mit mindestens 15 Prozent versteuern, egal wo sie diese erwirtschaften.

Die Idee, hohes Vermögen zu besteuern, ist nicht neu. Bis in die 90er Jahre wurde in Deutschland Vermögen ab 120.000 Mark besteuert. Doch 1995 urteilte das Bundesverfas-

sungsgericht, das Vermögensteuergesetz sei wegen einer veralteten Bewertung von Immobilien verfassungswidrig und müsse aktualisiert werden. Union und FDP blockieren dies seither und so bleibt die Steuer bis heute ausgesetzt.

„Superreiche wurden in den letzten Jahrzehnten steuerlich entlastet“, sagt der Steuerexperte Stefan Bach vom DIW. Doch eine Milliardärssteuer sei in absehbarer Zeit nicht umzusetzen. „Sie stößt vor allem auf den massiven Widerstand der Wirtschaftsverbände und der Lobbyisten der Superreichen.“ Dem könnte sich auch eine rot-grüne Regierungsmehrheit nicht entziehen. 2024 etwa beleuchtete das ZDF-Magazin „frontal“ die aggressive Lobbyarbeit des Vereins Die Familienunternehmer gegen eine Vermögensteuer oder gegen den Abbau der Firmenprivilegien bei der Erbschaftsteuer.

Bernd Raffelhüschen, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Freiburg, sieht eine Vermögensteuer

für Superreiche kritisch. „Das Kapital ist scheu wie ein Reh“, sagt er. Es sei mit Steuerflucht zu rechnen. Zudem sinke die Attraktivität des Standorts Deutschland. Unternehmen würden abwandern und weniger Investitionen getätigt. Der Aufwand sei so groß, dass etwa ein Drittel der Einnahmen allein für die Kosten der Erhebung aufgewandt werden müssten.

Dass die Erhebungskosten einen Großteil der Einnahmen beanspruchen, hält Stefan Bach vom DIW für einen Mythos. Nach einer tatsächlich aufwändigen Einführungsphase würden sich die Kosten auf 4 bis 6 Prozent der Einnahmen belaufen, wenn man – anders als bei der alten Vermögensteuer – nur die wenigen wirklich Reichen erfasse. Mittelfristig würden die Erhebungskosten noch geringer ausfallen. Die Herausforderungen der Einführung einer Steuer für Superreiche seien trotzdem nicht zu unterschätzen. „Umso wichtiger sind deswegen internatio-

nale Kooperationen, wie es zum Beispiel der Vorschlag Brasiliens vorsah“, sagt Bach. So könnte verhindert werden, dass Milliardäre sich mit ihrem Geld davonmachen.

SPD, Grüne, Linke und BSW wollen eine Vermögensteuer – wie und ab welchem Betrag sie greifen soll variiert jedoch. Union, FDP und AfD lehnen jede Form der Vermögensteuer ab.

„Angesichts der hiesigen fiskalischen Herausforderungen in den nächsten Jahren dürfen Steuererhöhungen nicht tabu sein“, sagt Stefan Bach. Er denkt an „leistungslose Einkommen, Vermögen und Vermögensübertragungen“. Schließlich werde alles, was man bei den Superreichen nicht erhebt, von den Normalbürgern getragen. „Bei der arbeitenden Mitte sind wir Vizeweltmeister bei den Steuer- und Abgabenbelastungen, wie uns die OECD jedes Jahr eindrucksvoll vorrechnet – bei den Vermögenden dagegen Niedrigsteuerland.“



Illustration: Zoë Matt-Williams

Kommentar von Niklas Heupel über die notwendige Reform des Bafög-Systems

## Das Studium als Klassenfrage

Angst vor der nächsten Klausur? Für viele Studierende aus Arbeiter\*innenfamilien wiegt die Klassenfrage schwerer als der Notendruck.

Bereits unter den Studienanfänger\*innen ist der Anteil der Studierenden aus akademischen Elternhäusern überproportional. Noch deutlicher werden die Unterschiede bei Hochschulabschlüssen: Während 43 Prozent der Kinder mit akademischem Background einen Mastertitel erwerben, tun dies nur 11 Prozent der Kinder aus Arbeiter\*innenfamilien. Dabei ist davon auszugehen, dass diese Kluft weiter wachsen wird. Während die Inflation Leben und Studium stetig verteuert, steigen die Bafög-Sätze im Zeitraum von 2024 bis 2026 um mickrige 5 Prozent. Auch der Anteil der Studierenden, die Bafög beziehen, ist weiterhin rückläufig.

Studieren steht dabei im direkten Zusammenhang mit Armutgefährdung. Ein Drittel aller Studierenden und fast vier von fünf Studierenden, welche nicht mehr im Elternhaus wohnen, sind in Deutschland von Armut bedroht. Verwunderlich ist dieser Zusammenhang aber wohl kaum: Unbezahlte Pflichtpraktika, eine unzureichende staatliche Förderung und hohe Lebenshaltungskosten sowie Mieten in Universitätsstädten, welche weit über der Mietkostenpauschale des Bafögs liegen, stellen einen optimalen Nährboden für Armut dar.

Dazu kommt: Wer neben dem Studium arbeiten muss, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, kann kaum erwarten, das Studium in der sogenannten Regelstudienzeit zu beenden. An diese ist wiederum das Bafög geknüpft – ein Teufelskreis. Das Studium ist weniger eine Sprosse in der Karriereleiter als ein Bergsteigen – inklusive staatlicher Stolpersteine. Lehrjahre seien keine Herrenjahre, bis in diesem Mantra werden Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit in Ausbildung und Studium nichtig gemacht.

Doch müssen Lehrjahre deshalb Armutsjahre bleiben?

Die EU arbeitet bereits an einem Gesetzesentwurf, welcher unbezahlte Pflichtpraktika verbieten könnte. Doch das reicht noch lange nicht. Neben ausreichend staatlich gefördertem Wohnraum – oder einer Anhebung von Wohnungspauschalen an das Niveau tatsächlicher Wohnkosten – ist eine umfassende Bafög-Reform überfällig.

Ein Bafög für alle als Vollstipendium ist dringend notwendig. Die Höhe dieses Vollstipendiums muss dabei an die tatsächliche Lebensrealität angepasst und gesetzlich an die Inflation gekoppelt werden. Studium und Ausbildung dürfen weder Luxus noch vom Elternhaus abhängig sein. Bildung ohne Armutgefährdung muss allen offenstehen.

Kommentar von Federico Svezia über Staatsschulden in einer solidarischen Gesellschaft

## Keine Angst vor Schulden!

Wer bietet mehr? Die CDU/CSU plant Entlastungen im Wert von 89 Milliarden Euro und die FDP sogar 138 Milliarden Euro. Kürzungen beim Bürgergeld sollen das mitfinanzieren.

Die Vorstellung, dass das funktionieren kann, beruht auf wirtschaftstheoretischen Annahmen, die längst überholt sind. Denn die Logik, dass man irgendwo sparen muss, wenn man anderswo mehr ausgeben möchte, gilt nicht für Staaten. Makroökonomisch ist es so: Wer beim Bürgergeld kürzt, der kürzt am Ende bei den Unternehmen. Denn wenn die Bürgergeldempfänger weniger Geld zum Ausgeben zur Verfügung haben, schrumpft der Umsatz der Unternehmen genau um die Höhe der Kürzung.

Unternehmen haben drei Möglichkeiten, dem zu begegnen: die Löhne zu kürzen, Arbeitnehmer zu entlassen oder anderweitig Kosten einzusparen. Für große, effiziente Unternehmen fällt Letz-

teres weg, die Alternativen sind indes verheerend. Fragen die Arbeitnehmer wegen ihres geringeren Gehalts zum Beispiel weniger nach, senken sie damit weiter den Umsatz der Unternehmen. Die Wirtschaft droht in eine Abwärtsspirale zu geraten.

Wird ein Unternehmen seine Produkte wegen fehlender Nachfrage nun nicht los, dann wird es auch keine Investitionen tätigen. Bleibt nur noch der Staat, um diese Nachfragerlücke auszugleichen. Doch wenn der Staat mehr ausgeben möchte, bleibt ihm nichts anderes übrig, als Schulden zu machen. Bis heute besteht dabei die unsinnige Ansicht, Schulden seien schädlich und würden zu Steuererhöhungen führen.

Nehmen wir Japan, ein Land mit ähnlicher Wirtschaftsstärke wie Deutschland, das eine deutlich geringere Abgaben- und Steuerquote als wir hat. Kritiker werden einwenden, dass dafür die Staatsverschuldung von Japan auch rund viermal so

hoch ist wie die von Deutschland. Dennoch hat Japan kein Bonitätsproblem. Und wenn die Wirtschaft wieder wächst, verringern sich auch die Staatsschulden.

Gerade in Deutschland wird aber bis heute oft die Neoklassik unterrichtet, eine in vielen Teilen widerlegte Wirtschaftstheorie, die Schulden ganz schlimm findet. Die meisten Menschen setzen sich mit diesen Themen leider nicht auseinander, obgleich die Frage der Staatsschulden für Wirtschaftswachstum und Wohlstand zentral ist.

Zurück zum Bürgergeld: Anders als viele denken, ist das Bürgergeld ein Nachfragestabilisator, der dafür sorgt, dass die Nachfrage eines Arbeitslosen nicht komplett wegbricht. Das Bürgergeld ist zudem ein wesentlicher Bestandteil unseres solidarischen Sozialstaats. Und wenn wir nicht möchten, dass die Gesellschaft bei uns auseinanderbricht, dann sollten wir dafür kämpfen, ihn zu erhalten. Das ergibt eben auch ökonomisch Sinn.





Baumhaus Weimar, eine ehemalige Werkstatt für Landmaschinen, die in ein Wohngebäude verwandelt wurde  
Foto: Torsten Haag

# „Wir entscheiden im Konsens“

Die Projekte des Mietshäuser Syndikats schaffen langfristig bezahlbaren Wohnraum. Conni vom Wohnprojekt Baumhaus Weimar erklärt, wie das geht und wo Hürden sind

Interview **Tom Kailing**

**taz: Conni, was ist der zentrale Gedanke des Syndikatsmodells?**

**Conni:** Früher hatten wir eine Broschüre, auf der stand: „Die Häuser denen, die drin wohnen.“ Der Grundgedanke ist: bezahlbare Mieten über einen langen Zeitraum sichern, selbstbestimmt leben und wirtschaften. Wir überführen Grundbesitz in kollektives Eigentum, um den Grund und Boden der Immobilienspekulation zu entziehen. Die Projekte sind selbstverwaltet: Wir – das Baumhaus – haben eine Hausbesitz-GmbH mit zwei Gesellschaftern. Der eine ist das Mietshäuser Syndikat (MHS) und der andere ist unser Hausverein. Das ist in allen Projekten so. Dabei ist das Mietshäuser Syndikat an der Haus-GmbH beteiligt, damit das Haus nicht spekulativ verkauft werden kann. Der Hausverein ist für die Organisation und Verwaltung zuständig.

**taz: Eine große Belastung für die meisten Menschen ist die Miete. Die durchschnittliche Bruttokaltmiete lag 2022 in deutschen Groß- und Mittelstädten bei 9,60 und 8,20 Euro pro Quadratmeter. Wie sehen die Mieten im Baumhaus aus?**

**Conni:** Wir haben eine Nettokaltmiete von 5,95 Euro pro Quadratmeter – und die haben wir nicht erhöht, seit wir vor 8,5 Jahren eingezogen sind. Der Umbau zu Wohnungen hat damals 1.100 Euro pro Quadratmeter gekostet. Wir haben im Bestand so gebaut, dass wir nicht mehr als 6 Euro Miete zahlen müssen und mussten deshalb einige Abstriche machen: zum Beispiel keine Lichtkuppeln im Dach (*lacht*). Unsere Miete legen wir selber fest, aber wir müssen unsere Kredite tilgen und bei Bedarf umfinanzieren.

**taz: Kredittilgung ist also ein Teil der Miete, was fällt noch an Kosten an?**

**Conni:** Wir zahlen unsere verbrauchsabhängigen Nebenkosten, die wir gleichmäßig aufgeteilt haben. Seit letztem Jahr haben wir auch eine Photovoltaikanlage, also nutzen wir unseren eigenen Strom. Insgesamt zahlen wir weniger Nebenkosten als viele andere Haushalte: also maximal 1,20 Euro pro Quadratmeter. Außerdem gibt es eine Solidarabgabe, die an das MHS weitergeleitet und für neue Projekte genutzt wird.

**taz: Das Syndikat gibt es nun schon seit mittlerweile über 30 Jahren und ist mit über 190 Projekten ziemlich erfolgreich. Die Wohnungsfrage ist aber, ganz naiv gesagt, noch nicht gelöst. Ist das Syndikatsmodell auf die breite Masse der Wohnungsversorgung anwendbar?**

**Conni:** Als Wohnform für die breite Masse ist es wahrscheinlich nichts. Ein neues Projekt muss sich zuerst vorstellen und in der Mitgliederversammlung wird

dann von allen abgestimmt. Jedes Projekt braucht auch einen Paten, mit dem im Vorfeld schon viel bezüglich der Finanzierung organisiert wird. Es geht eben auch um Sicherheit für alle Beteiligten; die Projekte finanzieren sich nicht nur über Bankkredite, sondern auch über private Direktkredite. Es gibt zwar neue Projekte, aber die Anzahl an Beraterinnen und Beratern ist fast gleichgeblieben. Im Moment scheitert es auch an bezahlbaren Häusern, Grundstücken und am Ausbau. Es ist alles teurer geworden und Projekte können von der Mitgliederversammlung abgelehnt werden, weil sie zum Beispiel keine bezahlbare Miete mehr gewährleisten können. Außerdem ist das Prozedere ganz schön aufwendig und dauert ein bisschen: Es muss sich eine Gruppe finden, die gründet den Verein und dann die GmbH. Bei uns hat das 1,5 Jahre gedauert, was vergleichsweise schnell war.

**„Es ist einfacher, im Sinne der Gesellschaft zu entscheiden, wenn ich Gemeinschaftseigentum habe“**

**Conni,**  
Mietshäuser Syndikat

**taz: Der Traum vom Eigenheim ist für viele Menschen noch heute ein Lebensziel. Man möchte vor allem Sicherheit und etwas Eigenes, das man nach den eigenen Vorstellungen gestalten kann. Fühlst du dich im Baumhaus abgesichert?**

**Conni:** Ja, ich fühle mich da sicher. Ich bin Teil des Projektes und kann mitentscheiden. Weimar ist ziemlich begehrt, wir sind aber noch die gleichen Bewohner wie seit dem Einzug vor 8,5 Jahren! Nur ein paar Kinder sind hinzugekommen und ein paar Jugendliche ausgezogen.

**taz: Hast du das Gefühl, dass ihr euch nach euren individuellen Vorstellungen ausleben könnt?**

**Conni:** Wir haben eine ehemalige Wagenhalle nach unseren jeweiligen Vorstellungen ausgebaut. Begrenzt nach Kosten und Möglichkeiten. Klar, unterschiedliche Treppen und Fußböden, aber immer mit dem Grundprinzip „Bezahlbarkeit“. Wer etwas extra haben wollte, musste das selbst bezahlen. In so einem Projekt will man ja auch gemeinschaftlich denken und planen. Es gibt auch Einzelprojekte, bei den Terrassen kann sich jeder frei ausleben.

**taz: Es wirkt so, als seid ihr alle ziemlich im Projekt angekommen, habt Wurzeln geschlagen. Kann ein Projekt wie das Baumhaus für Studierende funktionieren, die vielleicht nach drei oder vier Jahren schon wieder ausziehen.**

**Conni:** Es gibt gemischte Projekte, wo auch mal Studenten mit drinwohnen. In Weimar gibt es da die Alte Feuerwache. Soweit ich weiß, gibt es auch in Potsdam und Leipzig Projekte, in denen Studenten wohnen.

**taz: Mit so vielen Leuten ein Projekt zu starten, ist sicherlich keine alltägliche Entscheidung. Was ist die Philosophie des Baumhauses bezüglich des Zusammenlebens, wie trefft ihr Entscheidungen?**

**Conni:** Aus meiner Erfahrung ist es einfacher, im Sinne der Gemeinschaft zu entscheiden, wenn ich kein Privateigentum habe. Wir entscheiden dann im Konsens. Wenn wir keinen Konsens finden, aber eine Entscheidung treffen müssen, dann gibt es die Methode des systemischen Konsensierens. Das Grundprinzip ist: Der Vorschlag mit dem geringsten Widerstand wird angenommen. So haben wir schon einiges entschieden, zum Beispiel die Fassadengestaltung. Hat bis jetzt immer geklappt.

**taz: Für welchen Typ Mensch ist das Syndikatsmodell etwas?**

**Conni:** Wir im Baumhaus sind alle beteiligt, wir müssen alle im Projekt mitarbeiten – und das nebenberuflich. Wir haben zwei Geschäftsführer und Arbeitsbereiche wie Direktkreditverwaltung, Buchhaltung, Beratung für andere Projekte ... Es gibt viele verschiedene Mitwirkungs- und Verantwortungsbereiche. Und wir stimmen über alles ab, was das Gemeinschaftseigentum betrifft. Dieser Prozess des Konsensierens ist für manche Menschen lähmend. Sogar meine erwachsenen Töchter sagen, hier würden sie nicht einziehen (*lacht*). Es ist also etwas für Menschen, die etwas gemeinsam mit anderen Menschen schaffen wollen, die auch konfliktfähig sind.

**taz: Wo siehst du die Zukunft des Baumhauses?**

**Conni:** Wir haben mittlerweile einige Grundstücke zum Haus dazugekauft, das Projekt wird also weiterentwickelt – Weimar ist ein günstiger Standort.

**taz: Und die des Syndikats?**

**Conni:** Die Zukunft des Mietshäuser Syndikats wird im Klausurjahr beraten – erst nächstes Jahr kann ich mehr sagen! Es gibt jetzt einen Break und dann wird geschaut: Wie läuft es ab hier weiter?

## Nicht einmal ein Platz zum Liegen

Viele Städte setzen auf obdachlosenfeindliche Stadtmöbel und Architektur

Von **Marie Zimmer**

„Man gönnt den Obdachlosen nicht mal mehr den Dreck unter den Fingern“, sagte Disarstar im Herbst 2022 in einem Video. Der politisch engagierte Hamburger Rapper machte auf Anti-Obdachlosen-Architektur aufmerksam und baute kurzerhand selbst einen Metallbügel, der Sitzplätze auf einer Bank trennte, mit einem Trennschleifer ab.

In Berlin leben laut Wohlfahrtsverbänden bis zu 10.000 Menschen auf der Straße, in ganz Deutschland sind es laut der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe mehr als 50.000. In Erzählungen übernachteten diese Menschen auf Parkbänken oder unter Brücken. Doch in der Realität gestaltet sich das meist schwieriger.

Zur Anti-Obdachlosen-Architektur gehören Stadtmöbel, aber sie ist auch im öffentlichen Nahverkehr und in öffentlichen Gebäuden zu finden. Viele Bänke sind strategisch so gebaut, dass durch Metallstreben niemand darauf schlafen kann. Manche bieten nur Platz für ein oder zwei sitzende Personen oder sind gezielt kurvig gebaut. Auch die Entscheidung, Bänke aus Metall oder Stein zu gestalten, wird bewusst getroffen.

Unter Brücken werden teils Metallspitzen montiert, damit niemand dort übernachtet kann. Mülleimer werden so konstruiert, dass das Hineingreifen schwierig wird.

In manchen Bahnhöfen werden außerdem Lautsprecher angebracht, aus denen Tag und Nacht ohne jegliche Unterbrechung Musik tönt oder Geschichten erzählt werden. Auch die Installation von blauen oder anderen bunten und hellen Lichtern soll Menschen vom Übernachten abhalten. In Berlin sind solche Beispiele an vielen Ecken zu finden: in nahezu jeder U-Bahn-Station, aber auch am Hauptbahnhof, wo vor allem Metallstreben und runde Bänke gebaut wurden.

Anti-Obdachlosen-Architektur wird auch als defensive Architektur bezeichnet. Dieser Begriff wird jedoch häufig als Euphemismus kritisiert, weil er das Problem kleiner mache, als es sei. 2022 belegte das Synonym deswegen sogar den dritten Platz beim Unwort des Jahres. Die Jury nannte diesen Baustil damals „menschchenverachtend“.

Primär ist der Sinn dieser Architektur, öffentliche Orte sicherer zu gestalten. Indem obdachlose Menschen vertrieben werden, sollen Städte aber auch sauberer und ordentlicher wirken – vor allem für Tourist\*innen. Die New Yorker U-Bahn begann schon in den 1970ern damit, Bänke im Stil der Anti-Obdachlosen-Architektur zu bauen.

Auch ältere und eingeschränkte Menschen leiden darunter, am meisten sind aber Obdachlose von dieser menschenfeindlichen Stadtplanung betroffen. Nicht mal das Mindeste gibt es für sie, nicht mal einen Schlafplatz im Freien.

**Gentrifizierung:** Selbst wer es sich leisten kann, sollte keine überhöhte Miete zahlen. Wolkje Lenz über die schwer aufzuhaltende Aufwertung vieler Innenstadtbezirke.  
**Online unter taz.de/panterjungend2025**

**Conni** ist seit der Gründung vor 10 Jahren Mitglied im solidarischen Wohnprojekt Baumhaus Weimar und dort zuständig für die Direktkreditverwaltung. Sie ist gelernte Maurerin und hat in Weimar Architektur und Städtebau und später aufbauend Lehramt Bautechnik/Sozialkunde studiert.



Was bewegt junge Menschen? In welcher Welt leben sie und in welcher Welt möchten sie leben?

Von Jugendzentren über Hamburger Hafen bis Berufsschule, die taz Panter Stiftung hat mit jungen Menschen im Alter von 16 bis 20 Jahren gesprochen, was sie bewegt. Zwischen rechten TikToks, hitzigen Diskussionen im Klassenraum und politischen Utopien. Es entsteht ein Bild unterschiedlicher Lebenswelten und Hoffnungen.

In einer Welt, in der alle komplett gleichberechtigt sind.

In einer Welt, in der "das Leben bezahlbar ist, in der ein Job zum Leben reicht."

MEHR SCHUTZ FÜR FRAUEN!  
MEHR FRAUENHÄUSER!

50€

MIETENDECKEL

€

€

€

JUGEND

Wenn Jugendzentren "schließen müssen, wo soll ich dann hin?"

In einer Welt, in der Bildung für alle da ist - mit gut ausgebauten Schulen und Jugendzentren.

kein mensch ist illegal

Ich wünsche mir, dass für Menschen, die hier Schutz suchen, langfristige Perspektiven möglich sind.

In einer Welt, in der keiner mehr Angst vor Klimakatastrophen, Diskriminierung oder Krieg haben muss.

KLIMA = ZUKUNFT

DAS IST POPULISMUS!

HAHA!

Das macht mir Angst.

KI

Ich merke auch, dass sich etwas verändert hat. Rassismus hat zugenommen.

FREUNDSCHAFT kennt keine Grenzen.

Interviews: TABEA VOLZ, SOREN WIENKE  
Illustration: @tinkamalt, KATJA FREYHANN

**taz panterstiftung**

**Ja, ich mache mit!**  
... und unterstütze die Projekte der taz Panter Stiftung

20 €    50 €    100 €    \_\_\_\_\_ €

Jede Spende ist steuerlich absetzbar.

Online spenden unter: [www.taz.de/spenden](http://www.taz.de/spenden)

QR Code

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!